

Ursula Nonnemacher (in Vertretung gehalten von Marie Luise von Halem)

Rede zum Antrag von SPD und DIE LINKE: „Akademische Studienangebote für Pflege und Gesundheit“, 23.02.2011

- Es gilt das gesprochene Wort !

Anrede!

In der Anhörung zur Fachkräftesituation in der Altenpflege im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie im September 2010 wurde von vielen Experten neben dem sich abzeichnenden und schon bestehenden Fachkräftemangel auf zwei besondere Probleme hingewiesen: in Leitungsfunktionen wie Pflegedienstleitung sind Stellen kaum mehr nachzubeseetzen und auch in den Pflegeschulen fehlt es an Lehrpersonal. Die Nachwuchssicherung bei PflegelehrerInnen ist im Land Brandenburg nicht mehr gegeben. Die Pflegeschulen haben fast allen Auflagen zur Nachqualifizierung ihres Lehrpersonals wegen fehlender wohnortnaher Hochschulen und Fachhochschulen kaum mehr nachkommen können. Aber auch in den Krankenhäusern und ambulanten Gesundheitseinrichtungen werden immer mehr hochqualifizierte Pflegerinnen und Pfleger gebraucht. pflegerische Standards sind heute wissenschaftlich begründet und es bedarf in der Pflege gerade in Schlüsselpositionen und an Schnittstellen wissenschaftlicher Qualifikation.

Bezüglich der Akademisierung der Pflegeausbildung liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit zurück, aber der Trend geht auch hier in diese Richtung. Wir brauchen also Ausbildungskapazitäten in Pflege- und Medizinpädagogik, in Pflegewissenschaften und Pflegemanagement, um diesen Bedarf zu decken.

Seit 2009/10 werden in Deutschland 22 grundständig pflegeausbildende Studiengänge angeboten. In den Ländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen sowie einigen westlichen Bundesländern wird noch kein Angebot an akademischen Pflegeausbildungsgängen bereitgestellt. Brandenburg hat sich bisher immer auf die Angebote der Berliner Hochschulen verlassen. Die Einstellung des Fernstudienganges Medizin- und Pflegepädagogik an der

Charité stellt Brandenburg jetzt vor erhebliche Probleme bei der Sicherung seines akademischen Pflegenachwuchses. Es zeigt auch die Grenze von Kooperationen mit Berlin, wenn im Ernstfall Brandenburg keinen Einfluss auf verbindliche Ausbildungskapazitäten für seine Bedarfe durchsetzen kann.

In Potsdam wird akademische Pflege zur Zeit. von zwei privaten Trägern angeboten. Die Studiengebühren sind mit bis zu 590 Euro monatlich sehr hoch und für viele Beschäftigte in Pflegeberufen kaum zu finanzieren. Hinzu kommen Probleme, ob die Studiengänge die erforderliche Beschäftigungsbefähigungen auch garantieren können. Es ist also dringend geboten, staatlich finanzierte Pflegestudiengänge an Brandenburger Hochschulen zu etablieren. Damit stellen wir planerische Sicherheit für unseren Fachkräfte- und Forschungsbedarf sicher. Gerade Berufsangehörige mit Potential werden durch Studienangebote in Wohnortsnähe im Lande gehalten. Wir beugen damit der Abwanderung vor, fördern gezielt gerade auch Frauen mit Kindern und verbessern durch Akademisierung Image, Attraktivität, Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten in der Pflege.

Allen diesen Überlegungen kommt der vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen entgegen. Wir begrüßen die Initiative sehr und unterstützen das Anliegen in vollem Umfang.